

## **“Verwaltungskostenbeitrag abschaffen statt erhöhen”**

Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg kritisieren Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrages

Mit Beginn der Rückmeldefrist zum kommenden Sommersemester wurden die Studierenden an den Hochschulen und Universitäten Baden-Württembergs über die Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrages informiert. Am 14. Dezember 2012 hat der Landtag Baden-Württemberg mit Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetz 2013/14 der Verwaltungskostenbeitrag von 40 auf 60 Euro erhöht. Nach § 12 Landeshochschulgebührengesetz (LHGebG) müssen alle Studierenden diesen Beitrag an die Hochschulen leisten. Die Studierenden in Heidelberg bezahlen nun beispielsweise jedes Semester 126,50 Euro, die sich aus 60 Euro Verwaltungskostenbeitrag und 66,50 Euro Studentenwerksbeitrag zusammensetzen. “Die Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrages ist unsozial”, stellt Marieke Reiffs, Landessprecherin der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg, fest. “Die Studierenden sind schon jetzt mit gestiegenen Lebenshaltungskosten finanziell belastet. Beispielsweise werden die Mieten in den Hochschulstädten jährlich höher. Die jetzige Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrages ist hier noch eine zusätzliche Belastung”, führt Reiffs weiter aus.

Neben der Erhöhung erregt auch die Pflicht für alle Studierenden Unmut. Tim Baltruschat, ebenfalls Landessprecher der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg, kritisiert: “Der Verwaltungskostenbeitrag hat keinerlei Ausnahmen, die die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Studierenden berücksichtigen. Lediglich ausländische Kurzzeitstudierende, wie Erasmus-Studierende, sind von der Beitragspflicht ausgenommen. Hier wäre zumindest eine Befreiungsmöglichkeit zum Beispiel für Studierende mit Kind mehr als nötig.”

Gerade im Hinblick auf die zum Sommersemester 2012 abgeschafften Studiengebühren ist die Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrages ein Rückschritt. Reiffs ist enttäuscht: “Im Koalitionsvertrag heißt es noch “Studieren darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein”! Das Handeln der SPD und der Grünen widerspricht dem jedoch! Der Verwaltungskostenbeitrag ist eine Bildungsgebühr und somit eine Hemmschwelle für das Studium.” Die Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg setzen sich seit je her gegen jegliche Bildungsgebühren ein. “Bildungsgebühren wirken sozial selektiv und machen Bildung zum Luxusgut. Bildung ist jedoch ein Grundrecht und sollte gebührenfrei gewährt werden. Daher fordern wir die Landtagsfraktionen der SPD und der Grünen auf, ihrem Versprechen eines gebührenfreien Studiums nachzukommen und den Verwaltungskostenbeitrag abzuschaffen!”, fordert Baltruschat weiter.